

2. Bemerkungen zum Verhältnis Soziologie und Krieg

2.1. Ein Überblick

Das Phänomen des Krieges kausal allein auf die physische und psychische Natur des Menschen zurückzuführen, das heißt auf seine Fähigkeit zu aggressivem Handeln, und es damit bewenden zu lassen, wird heute allgemein als eine unbefriedigende wissenschaftliche Erklärung eingestuft. Wenn in anthropologischen, ethnologischen, psychologischen oder psychoanalytischen Schriften Fragen erörtert werden, wie Aggression entsteht und wie sie sich äußert, dann mag die von jeglicher Sozialität »unbearbeitete« Konstitution des Menschen noch keine große Rolle spielen. Aber spätestens, wenn es um die Frage geht, wie durch die Ausbildung von Regeln, Werten und sozialen Institutionen zwischenmenschliche Aggressivität begrenzt werden kann, damit sich die jeweiligen Sozialitäten nicht (selber) durch gewaltsam ausgetragene Begegnungen vernichten, werden die sozialen Verhältnisse unverzichtbarer Bestandteil der Analyse.

Wie sich Gewalt im Verkehr zwischen Individuen und Gruppen begrenzen lässt, ist ein Thema der Politikwissenschaften. In den Politikwissenschaften geht es weniger um die Aggressivität des Einzelnen und ihre Wirkung auf die Sozialität, sondern um die Bedeutung, die Gewalttätigkeiten für das politische Handeln haben bzw. haben sollen. Gewaltakte Einzelner sind für sie nur in Ausnahmefällen interessant und auch dann nur, wenn von diesen Akten ein weit reichender Effekt auf die betrachtete Sozialität ausgeht, wie dies beispielsweise der Fall ist, wenn eine Person des politischen Lebens einem Attentat zum Opfer fällt. Erst als kumulierte Ereignisse oder wenn eine Gruppe durch ihre Fähigkeit Gewalt anzuwenden ihre Gestaltungskraft auf die betrachtete Sozialität erhöht – häufig wird dann von Macht gesprochen – wird Gewalt zum Gegenstand der Politikwissenschaften. Gewalt tritt hier zumeist als quasi-natürliche Ressource

des politischen Handelns auf, die es, bei der Umsetzung politischer Ziele rational einzusetzen gilt. Die Auseinandersetzung mit dem Phänomen Krieg gehört damit zu ihren zentralen Themen. Nicht zufällig setzt die politische Geschichtsschreibung, auf der unter anderem die modernen Politikwissenschaften beruhen, mit einem Werk ein, in dessen Zentrum ein Krieg steht. Gleichsam zum Lehrbuch wurde die »Geschichte des Peloponnesischen Krieges«, weil der Autor Thukydides (460 bis 400 v.u.Z.) den Verlust der Vormachtstellung Athens und die Zerrüttung aller griechischen Stadtstaaten in der Folge des Krieges als das Ergebnis von Entscheidungen Einzelner und der in den Städten herrschenden Fraktionen zeigte. Bei Thukydides sind es nicht Götter, die über den Krieg und seinen Verlauf entscheiden, sondern menschliche Akteure, deren Entscheidungs- und Handlungsspielräume freilich durch strukturelle Momente eingeschränkt werden. So hielt er den Krieg zwar aufgrund der Konkurrenzsituation zwischen den Stadtstaaten Athen und Sparta für unvermeidlich, aber er hätte auch anders verlaufen können (vgl. Münkler 1992: 80f.). In Anknüpfung an Thukydides lässt sich als das Credo der Politikwissenschaften die Auffassung bezeichnen, dass nicht allein die Moralität der Handelnden darüber entscheidet, ob sie die Politik betreiben, die sie anstreben, sondern erst die Analyse der strukturellen Bedingungen, unter denen sie handeln.

Auch in den Werken von Machiavelli und Hobbes, mit denen die neuzeitlichen Politikwissenschaften einsetzen, fällt der Auseinandersetzung mit dem Phänomen Krieg eine entscheidende Bedeutung zu. Beide Autoren konstatieren bei den Menschen eine Neigung zum Krieg, die sie auf ihre anthropologischen Eigenschaften zurückführen. Beispielsweise lässt Machiavelli seinen Fürsten wissen, dass »die Menschen [...] undankbar, unbeständig, heuchlerisch, furchtsam und eigensinnig« sind (1513: 94). Und führt an anderer Stelle aus, dass »die menschlichen Wünsche unersättlich sind, weil uns die Natur alles zu begehren erlaubt und antreibt, das Schicksal aber nur wenig zu erreichen gestattet, so entsteht eine immerwährende Unzufriedenheit im menschlichen Gemüte und Überdruß an all den Dingen, die man besitzt.« (1513/1519: 214) Um der Schlechtigkeit aller Menschen zu begegnen, tue der Fürst deshalb gut daran, »alle seine Gedanken, allen seinen Fleiß auf das Studium der Kriegskunst, der einzigen, deren Beherrschung man von ihm erwartet, (zu) verwenden; denn durch sie allein erhalten sich Fürsten von Geburt auf ihrem Throne, und durch sie gelangen öfters Privatpersonen darauf. Dagegen zeigt es sich, dass Regenten, welche mehr an ein üppiges Leben dachten als an die Waffen, ihr Reich verloren haben.« (89) Machiavellis bereits zu seiner Zeit anstößig wirkenden Ratschläge an den Fürsten legitimieren allerdings, entgegen bis heute weit verbreiteten Ansichten, keinen wahllosen und entgrenzten Einsatz von Gewalt. Er rät dem Fürsten vielmehr dazu, Gewalt zum Erhalt und Ausbau seiner Herrschaft rational einzusetzen. Wenn er

z.B. Grausamkeiten begehen müsse, gelte es möglichst »alle Grausamkeiten auf einmal auszuüben, damit er (es) nicht nötig habe, alle Tage damit von vorne anzufangen« (75). Er empfiehlt ihm also maßvollen und bedachten Einsatz von Gewalt, sei es nach innen oder nach außen. Gleiches empfiehlt er auch seinem politischen Ideal einer »Gemeinschaft tendenziell egalitärer Bürger, wie er sie aus den Texten der antiken Autoren [...] herauslas« (Münkler 1990: 21). Und wie Münkler ausführt, ist demnach der Staat bei Machiavelli »dazu da, der menschlichen Destruktivität, [...], Grenzen zu setzen, und er ist zugleich durch die Destruktivität der Menschen, ihre Unfähigkeit zur Selbstkontrolle, in seiner Existenz als Zwangsanstalt gerechtfertigt.« (1990: 39)

Das Thema Krieg ist geradezu konstitutiv für das Werk von Hobbes. Er geht in seiner politischen Theorie von der Überlegung aus, dass »sich die Menschen [...] im Zustand des Krieges eines jeden gegen jeden befinden« (1651: 99). Als Individuen, die sich in ihren Fähigkeiten und damit in ihren Hoffnungen gleichen, konkurrierten sie um Mittel zu ihrem Selbsterhalt und Lustgewinn. »Und wenn daher zwei Menschen nach demselben Gegenstand streben, den sie jedoch nicht zusammen genießen können, so werden sie Feinde und sind in Verfolgung ihrer Absicht [...] bestrebt, sich gegenseitig zu vernichten oder zu unterwerfen.« (ebd.: 95) Ihre Konkurrenz, ihr hieraus resultierendes Misstrauen und als drittes die Ruhmsucht der Menschen¹ macht er als die Konfliktursachen zwischen den Menschen aus. Das Bild vom permanenten Kampf zwischen den Individuen hat bei Hobbes einen heuristischen Wert. Er geht davon aus, dass »es niemals eine Zeit gegeben hat, in der sich einzelne Menschen im Zustand des gegenseitigen Krieges befanden« (ebd.: 97). Es sind vielmehr zu allen Zeiten »Könige und souveräne Machthaber«, die sich ständig verhalten »wie Gladiatoren« (ebd.). Während innerhalb einer sozialen Ordnung die Individuen auf eine umfassende Durchsetzung ihrer Interessen verzichten hätten, weil die Leidenschaften der Todesfurcht und »das Verlangen nach Dingen, die zu einem angenehmen Leben notwendig sind und die Hoffnung, sie durch Fleiß erlangen zu können« (ebd.: 98) sie friedfertig stimmen würden, herrsche zwischen den Staaten noch der Naturzustand. Eine machtvolle, ja ängstigende staatliche Ordnung nach innen wie nach außen ist für Hobbes der Garant für die Abwehr eines Bürgerkrieges wie eines Angriffes durch einen anderen Staat.

In den Sozialwissenschaften beschäftigen sich heute vor allem politikwissenschaftliche Arbeiten mit dem Phänomen Krieg. Gerade sie sind es auch, die von der gängigen Vorstellung, jeden in der Geschichte vorzufin-

1 Die Menschen würden »am Zusammenleben kein Vergnügen (empfinden), sondern im Gegenteil großen Verdruss, wenn es keine Macht gibt die dazu in der Lage ist, sie alle einzuschüchtern.« (Hobbes 1651: 95) Deshalb wären sie darauf aus, ihre »Verächter« zu schädigen und von anderen Menschen mit möglichst großer Wertschätzung behandelt zu werden.

denden Kampf zwischen verschiedenen Gruppen als Krieg zu bezeichnen, abgerückt sind. Denn bei genauer Betrachtung der Form und Intensität, in denen sich die Gewalttätigkeiten vollziehen, sowie der Zwecke, die mit ihnen verfolgt wurden, zeigt sich, dass vom Krieg als historisch invariantem Phänomen nicht gesprochen werden kann. Dies geht so weit, dass die Abgrenzung von Verhältnissen für die heute die Begriffe »Krieg« und »Frieden« verwendet werden, nicht gelingt, wenn man den Krieg ahistorisch z.B. als »mit Waffengewalt ausgetragene Auseinandersetzung zwischen größeren Gruppen, in der Regel sind es Staaten oder Völker« (Brockhaus-Definition) definiert.

Für das heutige Verständnis dessen, was Krieg meint, kommt dem Staat eine zentrale Bedeutung zu. Mit Blick auf die Verhältnisse im antiken Griechenland streicht beispielsweise Münkler (1992) die konstitutive Rolle heraus, die dem Staat bei der Differenzierung der politischen Zustände Krieg und Frieden zukommt. Im Unterschied zu Hobbes betont er nicht die Konkurrenz zwischen den Individuen, sondern die Alltäglichkeit von Kämpfen zwischen Sippen und Gefolgschaften, die es erschwerten, für vorstaatliche Verhältnisse die Begriffe Frieden und Krieg anzuwenden. Von einem Frieden zu dieser Zeit könne nicht gesprochen werden, weil die Sozialverbände ständig untereinander in Streitigkeiten verwickelt waren und der Raub von Rindern und Frauen an der Tagesordnung war (22). Es gab »vor der Ausbildung der Staatlichkeit weder Krieg noch Frieden im strikten Sinne [...], sondern nur eine permanente Belligerenz, die jedoch erheblich unterhalb der Schwelle lag, was seit der Entstehung der Staatlichkeit Krieg heißt. Frieden wurde mit der Bildung von Staaten zum Normalzustand. Der Pazifizierungsfunktion der Staatlichkeit entspricht die bellizistische Intensivierung der Konfliktaustragung.« (Ebd.)

Krippendorff sieht darüber hinaus in der Entstehung neuzeitlicher Staatlichkeit spätestens ab dem 16. Jahrhundert einen grundlegenden Bruch in der Funktion von Rüstung und Krieg. Blieben bis dahin die landwirtschaftlich reproduzierenden Gesellschaften vom Kriegsgeschehen strukturell unverändert- was nicht ausschloss, dass sie durch Verwüstungen und Brandschatzungen in Mitleidenschaft gezogen wurden – und hätten sich die dynastischen Besitzstandsverhältnisse verändert, wären nun durch die Einbeziehung großer Teile der Reproduktion »immer größere Sektoren [der Gesellschaft, d.A.] an Krieg und vor allem an Rüstung indirekt und direkt interessiert« (1986: 163) gewesen. Damit habe sich die Beziehung, die die Gesellschaften zum Krieg unterhalten, strukturell verändert. Blieben bis dahin die Vorbereitungen auf einen Krieg den Gesellschaften relativ äußerlich, wurden sie nun allmählich zu prägenden Faktoren für die gesamte Produktion und Reproduktion der Gesellschaften. Deshalb weist er dem Krieg für das Verständnis neuzeitlicher Staatlichkeit und Sozialitäten eine Schlüsselstellung zu.

Dass der Krieg keineswegs ein historisch invariantes Phänomen ist, das durch die Natur des Menschen hinreichend begründet werden kann, zeigen auch anthropologische und ethnologische Studien. Bis in die 2. Hälfte des 20. Jahrhunderts unterschieden sich gewaltsame und bewaffnete Konflikte zwischen verschiedenen Stämmen und Ethnien, die noch nicht von Modernisierungsprozessen durchdrungen waren, signifikant von den Formen der Gewaltaustragung, die von Europa ausgingen. Diese Unterschiede beziehen sich nicht nur auf die Art der Bewaffnung und Organisation, sondern betreffen auch das Kombattantenverhalten, dass mitunter stark ritualisiert war, womit die Gefahr unkontrollierbarer Eskalation der Gewalttätigkeit eingedämmt wurde.²

Der Krieg ist also als ein Phänomen zu begreifen, das seiner Form und seinem Inhalt nach von der sie vorbereitenden und führenden Sozialität abhängt. Neben anderen Kennzeichen, die soziologische Modernisierungstheorien je nach ihren Zuschnitt betonen – die industriell-kapitalistische Entwicklung, die wissenschaftlich-technische Weltbemächtigung, die Bedeutung einer rational-disziplinierten Lebensführung und der Herausbildung von Massenkommunikation und Massengesellschaft, um nur einige zu nennen – hängt die Gestalt des Krieges wesentlich von der Herausbildung eines Herrschaftsverbandes ab, der erfolgreich alle konkurrierenden »Verwaltungs- und Kriegsbetriebsmitteln, Finanzbetriebsmitteln und politisch verwendbaren Güter aller Art« enteignete (Weber 1922: 824) und als ausdifferenzierter Verband das Monopol legitim ausgeübten Gewalt beansprucht: dem modernen Staat, der aus der Differenzierung von Politik und Ökonomie entstand, was zugleich eine Differenzierung zwischen Staat und Gesellschaft bedeutete.

Der Krieg ist als ein historisch und an die sozialen Verhältnisse gebundenes Phänomen zu begreifen.³ Für die Klassifikation des Krieges als soziales Phänomen spricht auch, dass er keinesfalls ein bloßes Instrument darstellt, das den Krieg führenden Staaten, den Sozialitäten äußerlich bliebe. Reemtsma weist darauf hin, dass der Krieg die Gesellschaften nicht nur von seinem Ausgang her transformiert. Ob Sieg oder Niederlage am Ende stehen, der Krieg selber transformiere die Sozialitäten. »Wer Krieg verstehen will, muss die Vorstellung vom Krieg als einem Instrument, das man gleichsam aufnehmen und nach Gebrauch wieder weglegen kann, aufgeben. Der Krieg ist selber ein Gesellschaftszustand, und eine Gesellschaft, die Krieg führt, tritt in einen anderen Zustand ein.« (Reemtsma 1996: 353)

2 Beispiele für derartige Ritualisierungen lassen sich z.B. in dem Aufsatzband »Der Krieg«, herausgegeben von Fried und Murphy, finden. Mehr aus militärhistorischer Perspektive zeigt Keegan (1995), wie abhängig von der Kultur der sich jeweils im Krieg befindlichen Gesellschaften die Ziele, die Mittel und die Dynamiken von kriegerischen Aktivitäten sind.

3 Zum Verhältnis der Geschichtswissenschaften zum Militär und Krieg: siehe Krumeich und Pröve (2000).

Das gilt auch für Gesellschaften, in denen ein spezifischer Sozialverband, das Militär, als ein Instrument zur Kriegführung erachtet wird. Man mag zwar das Militär als ein Machtinstrument der Politik begreifen, doch zur Ausübung von Gewalt haben die Angehörigen des Militärs, die Soldaten, nicht nur ein instrumentelles Verhältnis. Sie müssen, vor allem wenn ihr Einsatz verlangt, dass sie unmittelbar gewalttätig handeln, ihr Leben an ein »Milieu des Tötens« (ebd.) anpassen. Zu denken ist dabei zum Beispiel an die zahlreichen Formen der Entwertung des Gegners, die die Vorstellung zurücktreten lassen, dass es sich auch bei den Gegnern um Menschen handelt. Ihre zweite Adaptionsleistung besteht darin, dass sie sich an ein Leben in Todesgefahr gewöhnen müssen (354). Weder könnten die Soldaten die Adaptionen von einem auf den nächsten Tag leisten, noch könnten sie diese von einem Tag auf den anderen wieder ablegen. Der instrumentelle Einsatz des Krieges scheitere letztlich an dem Umstand, dass er von Menschen geführt wird, die sich nicht einfach wie eine Maschine wieder abstellen lassen.

2.2. Die westdeutsche Soziologie und der Krieg

Wer annimmt, dass die Soziologie sich in einem ähnlichen Umfang wie die Politikwissenschaften mit dem Krieg befasst, wird enttäuscht sein. Die Zahl soziologischer Arbeiten zum Thema Krieg und Militär verharret auf einem niedrigen Niveau.⁴ Die Erwartung, dass das zeitgeschichtliche Geschehen der vergangenen Jahre hieran etwas geändert hätte, wird ebenfalls enttäuscht. Stärker als die militärische Gewalt ist es die unorganisierte und anomische Gewalt, etwa von Jugendlichen in verwahrlosten Vorstädten, die Neugierde weckt. Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Militärforschung lassen sich dagegen vor allem an den Rändern der Disziplin finden, von wo aus sie auf Nachbardisziplinen übergreifen. Insgesamt hat deshalb der Satz des Soziologen Trutz von Trotha nichts an Gültigkeit verloren, dass Krieg und Militär ein von den Sozialwissenschaften »schändlich vernachlässigtes Gebiet« (Trotha 1997: 36) sind. Eine Literaturrecherche in der Deutschen Bibliothek in Frankfurt am Main ergab, dass 24.666 Treffer der Sachgruppe Militär angehören. Davon werden 5.386 Erwähnungen der Politik und lediglich 1.047 der Soziologie zugeschlagen.⁵

4 Die geringe Zahl soziologischer Arbeiten zum Krieg bedeutet allerdings nicht, dass diese unbedeutend seien. Militärsoziologische Publikationen gibt in der Bundesrepublik insbesondere das Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr (SOWI) heraus. Mitarbeiter des Instituts haben beispielsweise eine informative Gesamtschau der internationalen Forschungslage (Kümmel/Prüfert 2000) und auch ein Handbuch zur Militärsoziologie verfasst (Leonhard/Werkner 2005).

5 Bei diesen Zahlen bleiben Mehrfachnennungen z.B. durch eine erneute Auflage des Buches unberücksichtigt. Die 1.047 Titel verteilen sich auf den

Die meisten soziologischen Theorien gehen von der Annahme aus, dass sich die Industriegesellschaft – ihr bevorzugtes Erkenntnisobjekt – durch ihr friedliches Wesen gegenüber anderen Gesellschaftsformen auszeichnet. Diese Annahme, die keineswegs immer expliziert wird, rechtfertigt, dass man das Militär und den Krieg systematisch nicht beachtet. Sie werden als Relikte eingestuft, wenn auch als überaus zähe Relikte, die aber, so die Hoffnung, durch das weitere Vorschreiten der Industriegesellschaft in allen Teilen der Erde unbedeutender werden würden.⁶

Mit Blick auf die in der Bundesrepublik dominanten Modernisierungstheorien stellt dagegen Joas fest, dass »Krieg und Gewalt [...] Teil der Moderne und nicht nur ihrer Vorgeschichte« (2000: 67) sind. Er plädiert dafür, »die selbstzufriedene Identifikation von Modernisierung und abnehmender Wahrscheinlichkeit des Krieges aufzusprengen« und »die Suche nach den Bedingungen des Friedens mit einer illusionslosen Analyse auch spezifisch moderner Tendenzen zum Krieg zu verbinden.« (84) Auch Knöbl und Schmidt stellen fest, dass »die innere Widersprüchlichkeit, die Janusköpfigkeit der Neuzeit [...] in weiten Teilen der gegenwärtigen Gesellschaftstheorie keinen angemessenen Niederschlag gefunden« habe (2000: 7). Wie in den 80er Jahren, als in großen gesellschaftstheoretischen Entwürfen von Habermas und Luhmann eine eingehende Auseinandersetzung zum Krieg fehle, stünden nicht wenige Sozialwissenschaftler »nach wie vor in der friedlich-utopischen Stimmung der europäischen Aufklärung, träumen immer noch den liberalen ›Traum von der gewaltfreien Moderne‹ – eine Perspektive, aus der sich Krieg leicht als extreme Ausnahme, als vorübergehende Störung des zivilisatorischen Gleichgewichts abtun, mithin ad acta legen lässt.« (7f.)

Selbst in der Militärsoziologie spielt der Krieg eine eher untergeordnete Rolle. Da sie sich ihm weitgehend über institutionelle und organisatorische Probleme des Militärs nähert, trat er in den vergangenen Jahrzehnten zeitweise sogar völlig in den Hintergrund. Dies gilt nicht zuletzt für die bundesdeutsche Militärsoziologie, die fast ihre ganze Aufmerksamkeit den Problemen innerhalb der bundesdeutschen Militärorganisation und deren

Zeitraum zwischen 1982 bis 2003 und schwanken in den vergangenen zehn Jahren zwischen 78 (1994) und 27 (2003). Unberücksichtigt bleibt auch, aber erwähnenswert ist, dass einige Bücher, die in dieser Arbeit als soziologische Werke eingeschätzt werden, nicht in der Sachgruppe Soziologie rubriziert sind. Die Zahlen geben also nur eine ungefähre Gewichtung wieder. 2003 wurde die Systematik der Sachgruppen geändert. Seitdem wird zwischen den Sachgruppen Militär und Sozialwissenschaften unterschieden. Diesen beiden Sachgruppen wurden 2005 kein einziger Titel und 2006 lediglich zwei Titel zugeordnet.

6 Wie systematisch der Krieg über Jahrzehnte hinweg außerhalb des Blickfeldes der Soziologie blieb, zeigt das Register des von René König herausgegebenen Lexikons Soziologie (1974) an. Es wurde allein zwischen 1958 und 1974 in einer Auflage von 367.000 Exemplaren verlegt. Der einzige Eintrag zum Stichwort Krieg weist auf einen Nebensatz in einem Artikel hin.

Soldaten schenkte. Der Atomkrieg, der für Europa bis Mitte der 80er Jahre als das wahrscheinlichste Kriegsszenario galt, bot der Militärsoziologie wenig Anreiz, sich mit dem Krieg eingehender zu beschäftigen. Sofern der konventionelle Kriegseinsatz behandelt wurde, dann galt die Aufmerksamkeit überwiegend den Streitkräften der USA. Mit den Auslandseinsätzen der Bundeswehr und der Beteiligung ihrer Soldaten an Kampfhandlungen ist freilich der Krieg zu einem stärker gewichteten Thema der bundesdeutschen Militärsoziologie geworden.

Wie bereits René König 1968 bemerkte, wird die Militärsoziologie »als eine Art angewandte Betriebssoziologie« verstanden (1968: 9). Über sie hängt bis heute das Verdikt von Wachtler, dass sie eine Soziologie für den Dienstgebrauch sei (1983: 12). Auch Warnungen, wie von Friedeburg und Brandt, dass damit eine »Perpetuierung des esoterischen Charakters von Militärpolitik« fortgeschrieben werde, »womit ein Stück Arkanpraxis« der vorbürgerlichen Epoche bis in die Gegenwart reiche, verhallten über Jahrzehnte weitgehend ungehört (1966: 11). Entscheidend für die Ausrichtung der Militärsoziologie, wie sie beispielsweise vom Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SOWI) betrieben wird, ist das Erkenntnisinteresse des »Bedarfsträgers«, des Bundesministeriums für Verteidigung. Dieser Bedarfsträger hat, wie der damalige Direktor des SOWI, Geppert, betont, kein Interesse an einer Wissenschaft, die das Erkenntnisobjekt selber in Frage stellt. Das Selbstverständnis, der am Institut arbeitenden Sozialwissenschaftler müsse allerdings nicht mit dieser Einschränkung identisch sein und sie können sich das Recht auf »Nachdenklichkeit« (1998: 19) vorbehalten. Kritische Beiträge seien auch in gewissem Umfang im Interesse der Behörde, weil sie als »Frühwarnsystem« wirken können (ebd.: 21). Grundsätzlich richtet sich aber das Erkenntnisinteresse an den Problemstellungen aus, die innerhalb des Militärs, z.B. durch veränderte Einsatzziele, entstehen und die von Außen an das Militär, häufig als Akzeptanzprobleme formuliert, herangetragen werden.

Für diese Ausrichtung der Militärsoziologie ist freilich nicht allein das Interesse des »Bedarfsträgers« verantwortlich zu machen. Unberücksichtigt blieben bei einer solchen Sicht die spezifisch deutschen Gründe, die dafür sorgten, dass die Militärsoziologie eine äußerst marginale Rolle in der Soziologie spielt.

Man kann wohl behaupten, dass nach dem 2. Weltkrieg in der Bundesrepublik eine intensive Auseinandersetzung mit den Themen Krieg und Militär auf die wenigsten Sozialwissenschaftler attraktiv wirkte. Während in den USA später führende Soziologen, wie z.B. Edward A. Shils und Morris Janowitz, ihre empirischen Studien, die sie im Laufe des Krieges für die US-Streitkräfte erhoben hatten, abschlossen, fand in der Bundesrepublik keine entsprechende Forschung statt. Nicht der Krieg und das Militär, sondern seine Folgen für die Familie und die Jugend gehörten, wie die Integration von Flüchtlingen und Kriegsheimkehrern, zu den Studien-

objekten der deutschen Soziologie. Darüber hinaus standen betriebssoziologische Untersuchungen, die versuchten, die umfassenden Veränderungen in der Arbeitswelt zu erfassen, im Mittelpunkt des Interesses. Das Desinteresse an den Themen Militär und Krieg hielt auch an, nachdem in den 50er Jahren die Wiederaufrüstung beschlossen wurde. Sofern militärsoziologische Arbeiten erstellt wurden, ging es in diesen unter Anknüpfung an die Arbeiten aus dem angloamerikanischen Raum, neben der Sozialpsychologie von Soldaten, vor allem um die Frage, wie die Akzeptanz des Militärs in der ›Industriegesellschaft‹ erhöht werden kann. Für »weiterreichende Informationen über gesellschaftliche Entstehungs- und Wirkungszusammenhänge von Streitkräften« (Wachtler 1983: 10) waren diese Arbeiten ungeeignet. Möglicherweise lässt sich diese anhaltende Abstinenz gegenüber dem Krieg und dem Militär mit Schivelbusch (2001) als eine spezifische Reaktion auf die Niederlage im 2. Weltkrieg werten, als eine spezifische Ausprägung einer ›Kultur der Niederlage‹. Der Abbruch der eigenen Traditionslinien wie der historischen Soziologie und das gleichzeitige Zurücktreten philosophischer Reflexionen für die Theoriebildung⁷ bedeuteten demnach nicht nur, eine große Distanz zum Nationalsozialismus und dem verlorenen Krieg zu halten. Er bedeutete gleichzeitig auch, dass es nun galt, vom ›Sieger zu lernen‹, dessen Vorstellungen, Praxis und Theorie das Modell zur geistig-kulturellen Revitalisierung und Regeneration abgeben sollte (siehe hierzu Schivelbusch 2001: 46f.). Folgenreich ist in diesem Zusammenhang die weit verbreitete Vermutung, es gebe eine Affinität zwischen Forschenden und Forschungsgegenstand. Sie minderte die Neigung sich mit den Themen Militär und Krieg zu beschäftigen. (Wachtler 1983: 9).⁸

Wie oben bereits angedeutet, ist das Desinteresse an Krieg und Militär kein alleiniges Spezifikum der deutschen Soziologie. Man kann höchstens sagen, dass es bei ihr seit dem 2. Weltkrieg besonders ausgeprägt ist. Um das allgemeine Desinteresse zu verstehen, ist es sinnvoll, auf ein Erbe aus der Aufklärung und der Sozialphilosophie hinzuweisen. Aufklärung und

7 Die »sinnfälligste Tendenz in der deutschen Soziologie nach dem Krieg«, so Adorno 1959, sei »die Zuwendung zu den Methoden« der Empirical Social Research »und das Zurücktreten der Theorie, die vor der Katastrophe für Deutschland charakteristisch war« (1959: 501). In ihrem Bemühen »ihre Methoden soweit wie möglich dem quantifizierenden und klassifizierenden Verfahren der Naturwissenschaften« anzugleichen (ebd.: 502), drücke sich auch ein »gewisses Bedürfnis« aus, »die Amerikaner womöglich zu überamerikanisieren, während umgekehrt diese selber heute bereits zur kritisch-philosophischen Reflexion der Soziologie tendieren.« (Ebd.: 503)

8 Wer sich trotzdem der Erforschung des Militärs zuwendet, riskiert, so Wachtler, seine Berufschancen zu verschlechtern (ebd.). Es ist obendrein nicht sonderlich attraktiv in einem Bereich zu arbeiten, in dem der Auftraggeber womöglich plötzlich ein Publikationsverbot für empirische Ergebnisse erlässt, weil er befürchtet, der Gegner könnte aus ihnen einen Nutzen ziehen (siehe auch König 1968: 9).

späterhin der Fortschritt und die Moderne⁹ teilen miteinander eine Entdeckung: Die Verhältnisse, in denen Menschen leben, sind nicht natürlich, sondern durch menschliches Handeln beeinflussbar. Sie sind also veränderbar und können durch eine andere, bessere Ordnung ersetzt werden. »Die Entdeckung, dass Ordnung *nicht natürlich* ist, war die Entdeckung der Ordnung *als solcher*. Der Begriff der Ordnung trat gleichzeitig mit dem Problem der Ordnung ins Bewusstsein, der Ordnung als einer Sache von *Entwurf* und *Handlung*. Ordnung als Obsession.« (Bauman 1995: 18; kursiv i.O.) Bedroht wird die Ordnung von ihrem Gegensatz, dem Chaos, das immer die mühselig aufgerichtete Ordnung hintertreibt oder gar umwirft, zerstört. Als Sinnbild wie auch in der real sich vollziehenden Geschichte ist es gerade der Krieg, der als Ferment des Chaos' immer wieder in Erscheinung trat. Konnte noch unter aristokratischer Herrschaft der Anlass und der unvorhergesehene Verlauf eines Krieges leicht als Ergebnis vorbürgerlicher, überholter politischer Praktiken interpretiert werden, die noch nicht in ausreichendem Maße der Aufklärung unterworfen waren, fielen mit der Durchsetzung der bürgerlichen Gesellschaft derartige Argumentationen immer schwerer. Denn wenn sich das Kriegsführen trotz aller Bemühungen auch unter bürgerlichen Vorzeichen nicht wie ein technisches Mittel einsetzen lässt, mit Irrationalitäten durchsetzt und unvorhersehbar bleibt, wenn also alle Versuche der ›Einhegung‹ scheitern, in welcher Beziehung steht dann der Krieg zur bestehenden bürgerlichen Gesellschaftsordnung? Auf diese Frage wurden unterschiedliche Antworten gegeben. In der Tendenz liefen sie aber häufig auf eine Abspaltung des Krieges vom Projekt der Aufklärung, des Fortschritts und der Moderne hinaus. Es fällt auf, wie groß bis in die Gegenwart die Neigung ist, jeden Krieg, dessen Verlauf als unlogisch, irrational oder verwirrend charakterisiert wird, mit einer veralteten historischen Epoche zu identifizieren und, wenn dies nicht möglich ist, weil die Kriegsparteien als moderne allzu kenntlich sind, auf eine Anlage der menschlichen Gattung zurückzuführen.

In der Soziologie war dieses Erbe von Beginn an sehr wirksam. In den meisten theoretischen soziologischen Entwürfen von Gesellschaft gibt es zumindest keinen systematischen Platz für das Militär. Auch praktisch konzentriert sich die Soziologie weitgehend auf zivile, nichtmilitärische und häufig auch nichtstaatlich/staatsferne soziale Phänomene. Bereits Auguste Comte und Herbert Spencer vertraten die Auffassung, dass die aufziehende Industriegesellschaft den kriegesischen Charakter der vorausgegangenen Epoche der ›militant society‹ (Spencer) überwinden werde. »Die evolutionistische Annahme eines unaufhaltsamen Verschwindens der

9 Obwohl die drei Begriffe nicht das gleiche Bedeutungsfeld abdecken, ist gegenwärtig der Begriff der Moderne weitgehend an die Stelle der anderen Begriffe getreten. So ist die Rede von der Aufklärung fast gänzlich aus der sozialwissenschaftlichen Sprache verschwunden und führt allenfalls ein Kümmerdasein in der Pädagogik.

›militant society‹ mag uns heute als unglaublich optimistisch erscheinen, für das sozialwissenschaftliche Denken des 19. Jahrhunderts, vornehmlich in England und den USA, aber kommt diesen Annahmen eine repräsentative Bedeutung zu.« (Joas 2000: 193) Zwar teilen mitnichten die Begründer und zahlreiche Vertreter der deutschen Soziologie die Auffassungen von Comte und Spencer, – und im Denken beispielsweise Werner Sombarts und Max Webers kam dem Krieg sehr wohl eine wichtige Bedeutung zu – doch ist die These Michael Manns, es gäbe eine unterdrückte bzw. verleugnete militaristische Tradition in der (deutschen) Soziologie, »der zufolge Krieg und Rüstung als normale, ja wünschenswerte gesellschaftliche Tätigkeit aufzufassen sind« (ebd.: 205), zu widersprechen. Joas verweist hierzu auf die Heterogenität der Denkansätze, zu denen er unter anderem verschiedene Spielarten des Sozialdarwinismus, den existenziellen Bellizismus eines Georg Simmel und die historische Soziologie Otto Hintzes zählt (ebd. 204f.). Die Heterogenität »sei viel zu groß, als dass sie unter eine nicht- oder antiliberalen ›militaristische‹ Tradition subsumiert werden könnten.« (235) Unumstritten ist, dass nach dem 2. Weltkrieg eine Anknüpfung an Theorienbestände, die sich mit dem Krieg auseinander setzten und ihm gar einen wichtigen positiven Einfluss auf die Gesellschaft zusprachen, tunlichst vermieden wurde. In der Bundesrepublik gelang dies, in dem »bei ihrer Kanonisierung zu Klassikern der Soziologie das Werk von Max Webers lange Zeit« ebenso wie »das von Georg Simmel bis heute nur fragmentarisch und unter Ausblendung mancher historischer Untiefen angeeignet wurden.« (Joas 2000: 235) Gleichzeitig vollzog sich eine Hinwendung zu Theorien in denen gefragt wird, wie eine nicht Krieg führende Gesellschaft funktioniert und was sie zusammenhält. In der Hinwendung zu dieser Fragestellung unterscheidet sich die bundesrepublikanische Soziologie kaum von den Trends in anderen Ländern.

Wie stark die Neigung zur Abspaltung des Krieges vom Projekt der Moderne ist, demonstriert gerade eine soziologische Theorie, die dem Krieg eine eminent wichtige Stellung einräumt. Gemeint ist die Theorie von Norbert Elias zur Herausbildung der ›abendländischen‹ Zivilisation, die in den 80er Jahren eine Renaissance erlebte und noch heute das Bild dessen, was Zivilisation meint, beeinflusst. Die wesentliche Dynamik, die den Prozess der Zivilisierung vorantreibt, sieht Elias in den Konkurrenz- und Ausscheidungskämpfen zwischen zahlreichen kleinen Herrschaftseinheiten Westeuropas. Von diesen Kämpfen sei ein Zwang zu immer größer werdenden Einheiten ausgegangen hin zum Territorialstaat. Die Zivilisierung beruhe, beginnend mit der Oberschicht, auf anwachsenden Sozialverbänden und damit einhergehenden immer komplexer werdenden Verflechtungen unter den einzelnen Gesellschaftsmitgliedern sowie auf ihrer Angewiesenheit auf das Wohlwollen der herrschenden Autorität(en). Durch die Verlängerung der Handlungsketten habe niemand mehr überblicken können, welche Folgen unüberlegtes Handeln, also ein Handeln,

das durch unmittelbare Affekte bestimmt ist, auf seine Stellung innerhalb des Sozialverbandes und letztlich in der Gunst der Herrschenden zeitige. War »der Kampffuror [...] eine notwendige Voraussetzung des Erfolgs und des Prestiges für den Mann des Adels«, bestrafte der veränderte Aufbau der Gesellschaft »jetzt Affektentladungen und Aktionen ohne entsprechende Langsicht mit dem sicheren Untergang.« (Bd. 2, 1981: 382f.) Von der Fähigkeit, die eigenen Affekte zu kontrollieren und die sich herausbildenden Regeln im Umgang miteinander zu beherrschen, hing im zunehmenden Maße der Erfolg und die gesellschaftliche Stellung des Gesellschaftsmitglieds ab. Die Kämpfe zwischen den feudalen Herrschaften, so Elias, lösten eine Bewegung zugunsten individueller Selbstzwänge aus, die die Bedeutung sozialer Fremdwänge zurücktreten lasse. Diese Dynamik markiere den Beginn des abendländischen Zivilisationsprozesses. Eine ähnlich positive Erwartung hegt er an den Krieg zwischen den Staaten. In Analogie sollten diese Kämpfe zur »Bildung von Gewaltmonopolen über größere Teile der Erde und damit, durch alle Schrecken und Kämpfe, zu deren Pazifizierung weiterdrängen« (Bd. 2, 1981: 452). Am Ende der zwischenstaatlichen Kriege stünde die Aufrichtung eines »irdischen Gewaltmonopols, eines politischen Zentralinstituts der Erde« (ebd.). Obwohl diese Theorie Kontingenzen nicht kategorisch ausschließt, sie also keine Linearität notwendig beinhaltet, werden ausbrechende Kriege tendenziell als nicht zum erreichten Niveau der Zivilisation gehörig gezählt. Krisen des Zivilisationsprozesses werden im Wesentlichen auf unzivilisierte Motive der Handelnden und auf ihre vorgeblich vormoderne Gesinnung zurückgeführt. Neben generellen Zweifeln, die sich z.B. gegen die teleologische Implikation seiner Theorie richten und ihr eine Überbewertung des staatlichen Gewaltmonopols bei gewaltfreien Konfliktregulation innerhalb von Sozialitäten vorwerfen (siehe hierzu u.a. Dinges, Althoff und Duerr), bleibt im Rahmen Elias' Zivilisationstheorie ausgeklammert, in welchem Ausmaß die Akteure aufgrund ihrer Zivilisierung zur modernen Kriegführung befähigt sind. »Die Abrichtung zum Soldaten« erscheint bei Elias lediglich als eine »staatlich induzierte und gesteuerte, in der Regel temporäre und auf einen Teil der männlichen Bevölkerung begrenzte Regression auf ein niedrigeres Zivilisationsniveau.« (Bröckling 1997: 16)

2.3. Soziologie des Krieges

Um die Militärsoziologie aus ihrer Beschränkung auf eine Organisationssoziologie herausführen, die Gefahr läuft, das Phänomen aus den Augen zu verlieren, von dem die Organisation Militär geprägt wird, forderte 1968 René König eine Soziologie des Krieges. »Militärsoziologie ohne Soziologie des Krieges muss auf die Dauer eine unbefriedigende Tätigkeit bleiben.« (1968: 12) In jüngerer Zeit ist diese Forderung erneuert worden,

nun aber mehr mit Blick auf die Modernisierungstheorien. Wenn die Soziologie »nicht den Wirklichkeitsbezug verlieren« (2000: 22) wolle, so Knöbl und Schmidt, müsse sie den Krieg in gesellschaftstheoretischen Entwürfen berücksichtigen. Nur eine Soziologie des Krieges könne die Aufspaltung zwischen Barbarei und Moderne verhindern und angemessen die Frage nach dem Anteil der Moderne an dem Phänomen des Krieges stellen. Die Reaktionen auf diese Forderung sind als verhalten zu bezeichnen. Auch dass die Bundesrepublik Deutschland im letzten Jahrzehnt in verschiedenen Kriegen direkt mit dem Einsatz von Truppen intervenierte, hat daran kaum etwas ändern können. Noch am signifikantesten hat sich die Stellung der Militärsoziologie im universitären Lehrbetrieb verändert, da sie vor ein paar Jahren erstmals an einer Universität (Potsdam) zum festen Bestandteil des Hauptstudiums Soziologie wurde. Ab dem Wintersemester 2007/8 wurde hier obendrein ein Masterstudiengang Military Studies mit den Schwerpunkten Militärgeschichte und –soziologie eingerichtet. Die militärsoziologischen Veranstaltungen werden vorwiegend von Mitarbeitern des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr durchgeführt. Mit diesem Studienangebot werde, so das Institut auf seiner Internetseite, auf den markant gestiegenen Bedarf »an umfassend ausgebildeten Absolventen mit militärhistorischen, militärsoziologischen und sicherheitspolitischen Kenntnissen außerhalb und innerhalb der Streitkräfte« reagiert.¹⁰

Im Grunde wird in der Soziologie, wie in der gesamten Gesellschaft, eine Haltung eingenommen, die einem »Militarismus als Zuschauersport« (Mann 2000: 42) gleichkommt. Seit 1945 ist demnach die Hauptform des Militarismus in Europa keine gelebte Haltung, sondern eine passiv konsumorientierte.¹¹ Dies schließt nicht aus, dass in Krisensituationen, besser gesagt, wenn es in der öffentlichen Wahrnehmung zu einer solchen kommt, sich die eher indifferent verhaltenden Zuschauer in ein Publikum verwandeln, das versucht, in das Geschehen durch leidenschaftliche Artikulationen einzugreifen. Dieses Publikum kann, unabhängig ob es nun die militärische Interventionen ablehnt oder zustimmt, zu einem zumindest kurzzeitig wirksamen Faktor bei außenpolitischen Entscheidungsprozessen werden.

10 Siehe Artikel »Koooperation« Online: <http://tinyurl.com/yvcpby>; Zugriff: 15.10.07.

11 Dass diese Haltung auch in der Geschichte anzutreffen ist, lässt sich beispielsweise bei Goethe nachlesen. In *Faust I* legt er einem Bürger nachstehende Worte in den Mund: »Nichts Bessers weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen – Als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, – Wenn hinten, weit, in der Türkei, – Die Völker auf einander schlagen. – Man steht am Fenster, trinkt sein Gläschen aus – Und sieht den Fluß hinab die bunten Schiffe gleiten; – Dann kehrt man abends froh nach Haus – Und segnet Fried und Friedenszeiten.« (1808: 163f.)

Die in der Bundesrepublik von Seiten einiger Soziologen vorgetragene Forderung nach einer stärkeren Berücksichtigung der Bedeutung von Gewalt und Krieg ist im Zusammenhang mit der größeren Rolle zu sehen, die der Einsatz des Militärs in der bundesrepublikanischen Außenpolitik seit Anfang der 90er Jahre spielt. Mehr noch als in anderen führenden westlichen Staaten – zu denken ist dabei vor allem an die USA, Großbritannien und Frankreich – wurde in der Bundesrepublik der konventionelle Krieg bevorzugt als Scheitern und Ende von Politik wahrgenommen. Im Rahmen der gegenseitigen Abschreckung sollte der Aufbau von Streitkräften und ihre Ausstattung mit den jeweils modernsten Waffen den Gegner »lediglich« daran hindern, sein konventionelles Militär einzusetzen. In einem Land, in dem das Umschlagen des kalten in einen heißen Krieg höchstwahrscheinlich die menschlichen Lebensgrundlagen zerstört hätte; in einem Land, das zugleich aufgrund seiner Verantwortung für zwei Weltkriege nur Militär für eben die Austragung der Blockkonfrontation in Europa aufstellen durfte, sollte der Satz Clausewitz': »Der Krieg ist eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln« (Clausewitz 1832: 210) nicht mehr gelten.

Seit Anfang der 90er Jahre haben sich zahlreiche Politiker in führenden Positionen und auch Offiziere in leitenden Funktionen stark für eine Neubewertung des Militärs als legitimes Mittel außenpolitisches Handelns gemacht und dabei wiederholt betont, dies schließe die Möglichkeit ein, dass die Bundeswehr Kriegseinsätze mit hoher Kampfintensität durchführen müsse (siehe z.B. Bundesministerium für Verteidigung 2003: 25f.). Wenn es auch bislang zu keinem Kriegseinsatz mit hoher Kampfintensität gekommen ist, so lässt sich doch feststellen, dass die Bundesrepublik neben Peacekeeping-Einsätzen sich auch mit eigenen Truppen an Kriegen beteiligte bzw. beteiligt (Kosovo 1999, Afghanistan seit 2003). Was in der Bundesrepublik aber als Novum und Renaissance des Militärs nach dem Ende des Kalten Krieges erlebt wurde, gilt für andere westliche Industriestaaten, die ihre Streitkräfte auch nach dem Ende des 2. Weltkrieges wiederholt außerhalb Europas einsetzten, allenfalls eingeschränkt. So verzichteten die USA, Großbritannien und Frankreich nie darauf, ihr Militär als probates außenpolitisches Instrument zu betrachten und deshalb kann bei ihnen von einer Tendenz zur Militarisierung der Außenpolitik allenfalls in einem graduellen Sinne gesprochen werden. Aus diesem Blickwinkel hat die Bundesrepublik in den vergangenen Jahren einen Anpassungsprozess an das in den anderen führenden westlichen Industriestaaten »normale« Verhältnis zum Militär und Krieg vollzogen.

Vor diesem Hintergrund stellt sich auch die Frage nach der Ausrichtung einer Soziologie des Krieges. Denn es bedarf wohl kaum einer Soziologie, die an bellizistische oder sozialdarwinistische Haltungen anknüpft, wie sie in Deutschland vor dem 2. Weltkrieg en vogue waren. Es bedarf sicher keiner Soziologie, die den Krieg zum Zentrum alles Sozialen

erklärt. Ebenso kann auf Sinndeutungen verzichtet werden, wie sie Hon-drich Anfang der 1990er Jahre präsentierte, als er die Auffassung vertrat, Kriege würden eine sinnvolle Lernlektion für Kollektive bilden. Der Krieg als Lehrmeister für Kollektive zeige ihnen, und dem individuellen Ich, dass »das individuelle Leben nicht das höchste Gut ist« (Hondrich 1992: 42) und halte für sie die Erfahrung bereit, in denen soziale (affektive) Verbindungen und Zusammenhalte gestiftet, aber auch zerrissen werden (ebd.: 43). Sinn mache der Krieg, weil es ohne ihn kein Lernen gebe, das auf eine friedfertige Weltgesellschaft hinführe (ebd.: 9). Die Frage, ob jedem erlittenen Schaden bereits ein Telos zum Besseren innewohnt, kann im Rahmen einer solchen Sinndeutung gar nicht erst formuliert werden. Geradezu ignoriert wird die Frage, ob es nicht genug Erfahrungen mit dem Kriege gegeben hat, so dass weitere Lernlektionen eigentlich überflüssig sein dürften. Und: Es ist eine Sache festzustellen, dass es Menschen immer wieder gelingt, selbst den schrecklichsten Erfahrungen positive Konsequenzen für ihr Leben abzurufen, eine andere ist es, diese Schrecken selber als sinnvoll zu legitimieren.

Gerade in Zeiten einer militarisierten Außenpolitik ist eine akzentuierte und kritische Auseinandersetzung der Soziologie mit dem Zusammenhang von Moderne und Krieg dringend geboten. Eine solche Ausleuchtung wird ihr wohl nur gelingen, wenn sie von einer historisch geleiteten Definition dessen ausgeht, was gegenwärtig Krieg genannt wird. Kriege hat es demnach nicht schon immer gegeben. Sie sind, entgegen allen Verdächtigungen, keine Relikte vormoderner Zeiten. Sie müssen ebenso wenig als ein ewiges Verhängnis der Menschheit aufgefasst werden. Ohne dass sich etwas an der konstitutionellen Fähigkeit des Menschen zum aggressiven Handeln ändern müsste, ist der Krieg an eine spezifische historische und damit auch an eine veränderbare soziale Organisationsform gebunden. Für die gegenwärtige Form des Krieges gilt, dass sie eng mit der Herausbildung des neuzeitlichen Territorialstaates verbunden ist.

Eine Soziologie, die den Krieg als vormodernes Phänomen erachtet oder schlicht so tut, als hätte er nichts mit modernen Gesellschaften zu tun, neigt dazu, die gewaltfördernden Potenzen der Moderne zu unterschätzen. Als damit letztlich unbegriffene Phänomene geraten dann die stattfindenden Kriege zu Schicksalsschlägen, werden z.B. auf biologisch bedingte menschliche Verhaltensmuster oder antiquierte Sozialverhältnisse zurückgeführt. Die Soziologie beraubt sich damit der Möglichkeit, den Anteil moderner Gesellschaftsverhältnisse am Phänomen Krieg zu analysieren und vice versa. Aber ohne eine solche Analyse lassen sich weder die Gefahren noch die Chancen gegenwärtiger Sozialprozesse erkennen und erst Recht nicht beeinflussen. Im Kontext solcher soziologischen Analysen besteht gleichzeitig nicht der Zwang, den Krieg zu einem konstitutiven Element moderner industrieller, kapitalistischer Gesellschaften zu erklären. Vielmehr wäre er als ein Ergebnis auch von solchen sozialen Prozessen

aufzufassen, die die Gesellschaft als moderne kennzeichnen. Mehr nicht, aber auch nicht weniger. Oder anders ausgedrückt: Mitunter mag es gelingen, den Krieg theoretisch abstrakt aus dem Kontext moderner Gesellschaften auszublenden. Historisch-konkret aber war und ist er mit ihnen zumindest amalgamiert. Wie dies zu verstehen ist, soll an einem Beispiel aus den Wirtschaftswissenschaften verdeutlicht werden. Zwar hatte auch die Soziologie in Gestalt der Theorien Auguste Comtes und Herbert Spencers schon früh die Auffassung vertreten, dass der Krieg und das Militär in einer voll entfalteten Industriegesellschaft überflüssig seien. An diesen Auffassungen knüpft jedoch heute kaum noch jemand an. Anders dagegen verhält es sich mit den Überlegungen Schumpeters, der sich wiederum an Adam Smith anlehnte. Schumpeter vertrat nach dem 1. Weltkrieg die These, der Imperialismus und damit der vorausgegangene Krieg beruhe auf »Kampfinstinkten und Ideen von Herrschaft, auf Mannesherrlichkeit und Siegesglanz am Leben« (1919: 146). Sie seien vorkapitalistischen und damit atavistischen Ursprungs und widersprachen dem »Geist« des Handels und des Kapitals, weil jeder Krieg den Freihandel stören würde. Allgemeiner Freihandel, den er für das originäre Ergebnis kapitalistischer Entwicklung hielt, würde deshalb zur friedlichen Beziehung zwischen kapitalistischen Staaten führen. Nicht die industriell-kapitalistische Transformation der Gesellschaft habe also den Krieg zu verantworten, sondern im Gegenteil: Dass diese die Gesellschaft (noch) nicht vollständig durchdrungen habe, sei für den Imperialismus und damit für Kriege verantwortlich. Schumpeters Überlegung führt zu einer weit reichenden und seitdem auch immer wieder aufgegriffenen Abspaltung des Phänomens Krieg von der kapitalistischen Ökonomie. Seine Annahmen könnte man an verschiedenen Stellen auf ihre Stichhaltigkeit hin befragen, doch soll hier lediglich darauf hingewiesen werden, dass sie nicht zu erklären vermögen, weshalb die vorkapitalistischen Herrschaftsmentalitäten im 20. Jahrhundert virulent blieben. Schlimmer noch, sie blenden völlig aus, dass die inkriminierten Herrschaftsmentalitäten, ob sie nun vorkapitalistischen Ursprungs sind oder nicht,¹² sich sehr wohl als ausgesprochen kompatibel mit modernen politischen Institutionen gezeigt und wesentlich mit zu ihrer Effektivität beigetragen haben.

Wie bei anderen Soziologien stellt sich auch bei einer Soziologie des Krieges die Frage, welches Verhältnis sie zu ihrem Untersuchungsgegenstand einnimmt. Bereits im Zusammenhang mit der bundesrepublikani-

12 Hieran lassen sich einige Zweifel formulieren. Bereits vor dem 1. Weltkrieg formulierte Sombart die These, dass die militärische Organisation nicht nur das Vorbild für die industrielle Produktion gewesen sei, sondern auch die ökonomischen Voraussetzungen für die kapitalistische Entwicklung geschaffen habe. Die These ist zwar nicht nur in ihrer monokausalen Gestalt eine Übertreibung, jedoch wird sich im Zuge dieser Arbeit zeigen, dass sie nicht jeglicher Substanz entbehrt.

schen Militärsoziologie wurde angedeutet, wie das Verhältnis zum Erkenntnisobjekt unmittelbar auf mögliche Fragestellungen zurückwirkt. Sofern sich eine Soziologie des Krieges nicht ebenso an den Interessen eines Bedarfsträger orientieren will, der an einer Fortschreibung des Krieges interessiert ist oder ein in welchem Maße auch immer bewusstes, affirmatives Verhältnis zum Krieg entwickeln will, wird im Mittelpunkt des Erkenntnisinteresses letztlich die Abschaffung des Krieges stehen müssen. Dies ist kein hoffnungsloses, eher ein utopisches Anliegen. Zwar ist es ziemlich unwahrscheinlich, dass es zukünftig zu keinen Aggressionen und Gewalttätigkeiten zwischen Menschen kommen wird, doch hängt das, was heute für die Gewalttätigkeiten, den Tod und Zerstörung im Laufe eines Krieges verantwortlich ist, von der Organisationsfähigkeit der Krieg führenden Staaten und von politischen Formierungsprozessen ab. Eine kritische Analyse des Krieges wird – ohne die Janusköpfigkeit der Monopolisierung legitimer Gewaltausübung beim Staat, ihre pazifizierende wie ihre gewaltsteigernde Wirkung zu unterschlagen – mit einem Denkverbot über die gegenwärtige staatliche Verfasstheit des Sozialen unvereinbar sein.